

Superreiche in der Pflicht: Jetzt für Gerechtigkeit und Klima besteuern!

22 Organisationen fordern in einem gemeinsamen Statement die gerechte Besteuerung von Superreichen zur Stärkung des Sozialstaates und für Klimainvestitionen.

Berlin – Jüngste Zahlen des Manager Magazins belegen einen alarmierenden Trend in Deutschland: Trotz der anhaltenden Krisen und Herausforderungen wächst die Anzahl der Milliardär*innen weiterhin. Diese Entwicklung ist besonders brisant, wenn man bedenkt, dass über 16,6% der Bevölkerung in Armut leben. Während die Superreichen ihren Wohlstand mehren, bröckelt die öffentliche Infrastruktur und die Daseinsvorsorge verfällt zusehends. Diese wachsende Ungleichheit wird als ernsthafte Bedrohung für die Demokratie angesehen.

In einem kraftvollen Aufruf haben sich 22 verschiedenste Organisationen zusammengeschlossen, um auf diese Probleme aufmerksam zu machen. Darunter befinden sich Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Umweltorganisationen, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftliche Initiativen. Ihr Ziel ist klar: Die Einführung einer Vermögensteuer sowie einer Vermögensabgabe, um dringend benötigte finanzielle Mittel für die Daseinsvorsorge, den Klimaschutz und die Unterstützung einkommensschwacher Länder bereitzustellen.

Die Hintergründe der Forderung

Die Allianz ist sich einig, dass die aktuellen politischen Maßnahmen nicht ausreichen, um den großen

Herausforderungen zu begegnen. Eine Reform der Schuldenbremse allein wird nicht das nötige Kapital liefern, um den Sozialstaat aufrechtzuerhalten und eine gerechte Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Besonders bedenklich ist die Rolle der Superreichen in Bezug auf den Klimaschutz. Ihr Lebensstil und Konsumverhalten tragen erheblich zur Erzeugung von Treibhausgasen bei, was sie in die Verantwortung nimmt, mehr zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen.

Diese Bewegung fordert von der Politik ein Umdenken. Der wachsende Druck auf die öffentlichen Haushalte zeigt deutlich: Es gibt nicht nur finanzielle, sondern auch soziale Grenzen, die eingehalten werden müssen. Wenn die finanziellen Spielräume der Regierung immer enger werden, leiden nicht nur aktuelle Generationen, sondern auch zukünftige. Daher erscheint es notwendig, die Besteuerung großer Vermögen jetzt anzupacken und endlich gerechte Lösungen zu implementieren.

Konkrete Maßnahmen, um diese Forderungen umzusetzen, sind bisher noch nicht erörtert worden, doch das vollständige Statement dieser 22 Organisationen verdeutlicht die Dringlichkeit des Themas. Das vollständige Dokument kann **hier eingesehen werden**.

Es bleibt abzuwarten, wie die politischen Akteure auf diesen eindringlichen Appell reagieren werden und ob sie bereit sind, die nötigen Schritte zur Verbesserung der Situation in Deutschland zu unternehmen. Die kommenden Monate könnten entscheidend sein für die Ausgestaltung einer gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at